

Begriffsklärungen

Atomares Patt

Das atomare Patt bezeichnete das seit Ende der 50er Jahre bestehende Rüstungsgleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion. Dieser Zustand trat in dem Moment ein in dem beide Staaten in der Lage waren einen nuklearen Angriff mit einem Gegenschlag zu kontern. Durch diese Zweitschlagsfähigkeit (second strike capacity) wurde die nukleare Abschreckung glaubhaft. Das weitere Wettrüsten der beiden Supermächte wurde irrational, als die Fähigkeit zum atomaren Overkill erreicht wurde.

Bipolarität

Gegensatz zw. Ost-West.

Bilateralismus

Regelung der Außenhandelsbeziehungen nur zwischen zwei Staaten, nach dem 1. Weltkrieg Entwicklungsrichtung in der Außenhandelspolitik (bilateraler Außenhandel).

Friedliche Koexistenz

Friedliche Koexistenz, 1956 von Nikita Chruschtschow formulierte Maxime einer neuen sowjetischen Außenpolitik, in deren Zentrum die These von der Möglichkeit eines friedlichen Nebeneinanders der kommunistischen und kapitalistischen politischen Systeme stand. Zugleich verfolgte Chruschtschow eine Außenpolitik, die keine Zweifel an der Stärke der Sowjetunion aufkommen lassen sollte: 1956 wurde der Ungarnaufstand niedergeschlagen, 1961 die Berliner Mauer errichtet. Die Koexistenzthese war Auslöser des Bruches zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion 1960.

OSZE (KSZE)

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), vormals Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), multinationales Sicherheitsforum zur Förderung des Friedens in Europa, das vor allem auf Initiative der UdSSR zustande kam. Voraussetzung war die allmähliche Entspannung im Ost-West-Konflikt sowie das Bemühen der UdSSR, engeren Kontakt mit den westlichen Industriestaaten aufzunehmen.

Die Schlussakte der KSZE wurde am 1. August 1975 auf dem Gipfeltreffen in Helsinki unterzeichnet (siehe Schlussakte von Helsinki). Das Dokument erkannte die Unverletzbarkeit der Grenzen zwischen den Staaten an, einschließlich der deutsch-deutschen Grenze. Als Gegenleistung zu dieser stillschweigenden Anerkennung der sowjetischen Vorherrschaft in Osteuropa stimmte die UdSSR einer anderen Vereinbarung zu, in der sich die Unterzeichnenden verpflichteten, die Menschenrechte, also auch Meinungs-, Gewissens-, Religions- und Glaubensfreiheit, anzuerkennen. Zusätzlich sollten die Ein- und Ausreisebeschränkungen gelockert und die Pressefreiheit gewährleistet werden. Weitere Treffen sollten die Einhaltung dieser Vorschriften kontrollieren. Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre fanden drei KSZE-Folgekonferenzen statt. Umbenennung in OSZE 1994.

UNO

Vereinte Nationen (UN für englisch United Nations oder UNO für United Nations Organization), weltweite Staatenorganisation zur Erhaltung des Weltfriedens, zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie zur Durchsetzung der allgemeinen Menschenrechte auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker.

Der Hauptsitz der Vereinten Nationen befindet sich in New York (Nebensitze in Genf, Wien und Nairobi). Sie stehen der Mitgliedschaft eines jeden Staates offen, der sich auf die Ziele und Regeln der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet. Sie umfassen heute 189 Mitglieder und damit fast alle Staaten der Erde; die Schweiz und die Vatikanstadt sowie die in ihrem Status umstrittenen Staaten Taiwan (Republik China) und die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) gehören ihnen nicht an. Zur Durchführung ihrer Aufgaben verfügt die UNO über mehrere Organe, deren wichtigste die Generalversammlung, der Sicherheitsrat und das Generalsekretariat sind, sowie über zahlreiche Nebenorganisationen und Institutionen. Ihr vorrangiges Ziel, den Frieden auf der Welt zu gewährleisten, hat die UNO nicht erreichen können. Ihre bedeutendsten Verdienste liegen in ihrem Beitrag zur Emanzipation der Völker der Dritten Welt und bei der globalen Durchsetzung der Menschenrechte.

NATO

NATO (englisch North Atlantic Treaty Organization: Nordatlantikpakt), politisches und militärisches Bündnis von europäischen und nordamerikanischen Staaten mit Sitz in Brüssel (Belgien). Seit dem 12. März 1999 gehören 19 Mitgliedsländer zur NATO.

Die Allianz wurde durch den Nordatlantikvertrag begründet, der am 4. April 1949 von Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Portugal und den Vereinigten Staaten in Washington D.C. (USA) unterzeichnet wurde und am 24. August 1949 in Kraft trat. Den zwölf Gründerstaaten schlossen sich 1952 Griechenland und die Türkei an, 1955 die Bundesrepublik Deutschland, 1982 Spanien, 1999 Polen, die Tschechische Republik und Ungarn. Frankreich zog sich 1966 aus der militärischen Integration zurück, blieb aber Mitglied des politischen Bündnisses; auch die spanischen Streitkräfte unterstehen im Verteidigungsfall nicht automatisch dem NATO-Oberbefehl. Kern des aus 14 Artikeln bestehenden Vertrags ist Artikel 5, in dem sich die Mitgliedsstaaten verpflichten, im Sinne einer kollektiven Selbstverteidigung einen Angriff gegen einen der Vertragspartner als Angriff gegen alle anzusehen und Beistand zu leisten.

Warschauer Pakt

Warschauer Pakt, auch Warschauer Vertragsorganisation (Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand), Militärbündnis europäischer kommunistischer Staaten unter Führung der Sowjetunion, das 1955 in Reaktion auf die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und ihren Beitritt zur NATO geschlossen wurde und 1991 infolge des Zerfalls des Ostblocks aufgelöst wurde.

Kernpunkte dieses Gründungsvertrages des Warschauer Paktes waren die Verpflichtung zu gegenseitigen Konsultationen in allen wichtigen Belangen der internationalen Politik, die Verpflichtung zu gegenseitigem militärischen Beistand im Falle eines Angriffs auf einen oder mehrere Mitgliedsstaaten und die Verpflichtung zur Unterordnung der nationalen Streitkräfte unter ein gemeinsames Oberkommando. Ziel des Bündnisses war sowohl die Bildung eines militärischen Gegengewichtes gegen die NATO, als auch die engere Anbindung der Staaten des Ostblocks an die Sowjetunion.

Nuklearwaffen, Atomwaffen, C-Waffen

Atomwaffen (Nuklearwaffen), militärische Sprengkörper. Beim Einsatz werden große Mengen an Atomenergie frei. Die erste Atombombe (oder A-Bombe) wurde am 16. Juli 1945 auf dem Versuchsgelände bei Alamogordo (New Mexico) getestet.

Chemische Kampfstoffe (auch C-Waffen), die entweder versprüht, in Behältern verschossen oder aus Flugzeugen abgeworfen werden, sind gasförmig und schädigen teilweise mit tödlicher Wirkung Haut, Augen, Lungen und Nerven. Zur sicheren Lagerung bestehen sie häufig aus zwei relativ harmlosen chemischen Komponenten, die erst durch Mischung bei der Explosion ihre schädigende Wirkung entfalten (binäre Kampfstoffe). Nach dem Genfer Protokoll (siehe oben) werden C-Waffen und ihr Einsatz geächtet. Seit den siebziger Jahren bemüht sich eine internationale Abrüstungskonferenz in Genf um eine völkerrechtlich verbindliche Konvention zum Verbot von C-Waffen.

Status-Quo-Politik

= Macht erhalten

Roll Back

Roll back (englisch: „zurückrollen“, „-drängen“), außenpolitische Doktrin der USA, die die Zurückdrängung des Sozialismus in Ost- und Ostmitteleuropa sowie in Asien zum Ziel hatte. Die USA waren nie wirklich bereit gewesen, den Sozialismus in irgendeiner Form zu dulden. Insbesondere war den USA die Sowjetunion ein Dorn im Auge, weil sie als einziger Staat weltweit den USA militärisch halbwegs Paroli bieten konnte; hinsichtlich des Gesellschaftssystems stellte sie eine Ausnahme (und insofern eine gesellschaftspolitische Alternative für weitere Staaten) dar. Die Anstrengungen der USA richteten sich somit nicht nur gegen den weltpolitischen Einfluss der Sowjetunion, sondern gegen deren Bestand selbst. Dem Anspruch nach wollten die USA alleinige Supermacht in einer ungeteilten (kapitalistischen) Welt sein.